Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7861**
17. Wahlperiode 22. 11. 2011

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Michael Leutert, Jan van Aken, Agnes Alpers, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Dr. Martina Bunge, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Heidrun Dittrich, Werner Dreibus, Dr. Dagmar Enkelmann, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Nicole Gohlke, Diana Golze, Annette Groth, Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Dr. Barbara Höll, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Harald Koch, Jan Korte, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Ulla Lötzer, Thomas Lutze, Ulrich Maurer, Dorothee Menzner, Cornelia Möhring, Kornelia Möller, Niema Movassat, Wolfgang Neskovic, Thomas Nord, Petra Pau, Jens Petermann, Richard Pitterle, Yvonne Ploetz, Ingrid Remmers, Paul Schäfer (Köln), Michael Schlecht, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Raju Sharma, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann, Frank Tempel, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Johanna Voß, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Katrin Werner, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Die Koalition der Fraktionen CDU/CSU und FDP und die Bundesregierung haben darauf verzichtet, die Verursacher und Nutznießer der Krise in die Pflicht zu nehmen. Die ungelöste Bankenkrise wird zu einer existenziellen Bedrohung der europäischen Staaten, weil das Gewicht der Finanzmärkte auch die Rettungsboje der Staatshaushalte unter Wasser drückt. Beschlossen hat die Koalition eine Pseudo-Bankenabgabe, die nach oben gedeckelt ist und von der Vorstellung ausgeht, dass die nächste Finanzkrise schwach ausfallen und erst in einem halben Jahrhundert stattfinden wird. Eine solche Annahme

ist nicht nur naiv, sondern sie bedient bewusst die Lobby-Interessen der Finanzbranche zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Außer gegen Euro-Staaten richten Banken und Hedge-Fonds ihre spekulativen Angriffe auch auf Rohstoffe und Nahrungsmittel. Das Leid der Opfer dieser Spekulationswellen wird von den Akteuren in Kauf genommen. Der Nachholbedarf an verbraucherorientierter Marktbeobachtung und unabhängiger Finanzberatung ist enorm. Über Re-Regulierung der Finanzmärkte und Stärkung der Eigenkapitalanforderungen hinaus müssen spekulative Exzesse durch eine Finanztransaktionssteuer und einen „Finanz-TÜV“ eingedämmt, Privatbanken verstaatlicht werden. Der Bankensektor muss auf seine Kernfunktionen Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung zurückgeführt und entsprechend geschrumpft werden, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht immer wieder aufs Neue erpresst werden. Die unabhängige Finanzberatung durch Verbraucherzentralen muss ausgebaut und der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. als „Finanz-Wächter“ gestärkt werden.

- Die Koalition und die Bundesregierung führen die Politik der Umverteilung von unten nach oben, die ihre Vorgängerregierungen begonnen haben, entschlossen fort. Das sogenannte Zukunftspaket von Koalition und Bundesregierung ist unsozial, ungerecht, unsolide und vertieft die Spaltung des Landes. Bei Hartz-IV-Beziehenden, Arbeitslosen und Familien wird rigoros gespart. Bei Hartz IV wurde mit dem Übergangszuschlag das letzte Element, das nach Abschaffung der Arbeitslosenhilfe den sozialen Absturz nach dem Arbeitslosengeld mildert, gestrichen. Die bereits auf ein klägliches Maß geschrumpften Rentenbeiträge wurden vollends abgeschafft. Eltern in Hartz IV, denen bei der Einführung des Elterngeldes bereits ein Jahr Erziehungsgeld gestrichen wurde, wurde das Mindestelterngeld von 300 Euro weggenommen. Im Bereich der Kinderbetreuung investiert der Bund zu wenig Mittel für den Ausbau der Kindertagesstätten. Bis 2013 fehlen noch hundertausende Betreuungsplätze und zehntausende Erzieherinnen und Erzieher, um die anvisierte Quote von 35 Prozent zu erreichen, was nicht zuletzt an den verschwindend geringen Personalmitteln liegt. Die Kürzungen für öffentlich geförderte Kinder- und Jugendarbeit hat in manchen Landstrichen, insbesondere in den östlichen Bundesländern, zu einem regelrechten Zusammenbruch der Träger- und Angebotslandschaft geführt. Wo Jugendarbeit aus finanziellen Gründen eingestellt wird, entsteht ein Vakuum, in das vor allem rechtsextreme Organisationen mit Angeboten vorstoßen. In diesem Zusammenhang sind alle Angebote, in denen kulturelle und interkulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche stattfindet, von besonderer Bedeutung und sollten eine entsprechende Mittelausstattung erhalten. Weitere unbegründete massive Kürzungen gefährden die geplante Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, die die Antidiskriminierungsstelle gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Antidiskriminierungsnetzwerken vor Ort umsetzen will. Die Koalition und die Bundesregierung höhlen die Einnahmebasis des Staates gezielt aus, um mit Einsatz des Druckmittels Schuldenbremse einen angeblichen Sachzwang für Sozialabbau zu schaffen. Gleichzeitig kommen auf den Bundeshaushalt Risiken in Milliardenhöhe zu auf Grund wegbrechender Brennelementesteuer, ausbleibender Finanztransaktionssteuer, vor allem aber infolge der Garantien und künftigen Kapitalzuschüsse für sogenannte Euro-Rettungsschirme.
- Der Anteil unsicherer, befristeter, schlecht bezahlter Arbeitsplätze steigt in Deutschland dramatisch an. Jede zweite offene Stelle ist inzwischen dem Bereich der Arbeitnehmerüberlassung, also der Leiharbeit, zuzuordnen. Über 1,4 Millionen Menschen arbeiten und beziehen zugleich Hartz IV. Drastische Kürzungen im Bereich der beruflichen Weiterbildung sind Folge der sogenannten Instrumentenreform, die Koalition und die Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt haben. Jungen Menschen wird eine trag-

fähige Lebens- und Familienplanung verwehrt. Statt Europa in einen Abwärtsstrudel hinein zu sparen, ist eine grundlegende Richtungsänderung der auf Außenhandelsüberschüsse und das Niederkonkurrieren anderer Volkswirtschaften abzielenden Wirtschaftspolitik von Koalition und Bundesregierung notwendig. Das deutsche Lohndumping muss beendet, die Inlandsnachfrage gestärkt, dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegengewirkt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein wirksames und in sich schlüssiges Zukunftsprogramm aufzulegen;
- Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überwinden;
- die Rüstungsausgaben endlich deutlich zu senken, auf neue Rüstungsprojekte zu verzichten sowie sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr 2012 zu beenden und die frei werdenden Gelder zu nutzen, um diese in soziale Projekte und die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren und um einen Konversionsfonds einzurichten.

Zukunftsprogramm

3,3 Mrd. Euro	für BAföG und Sonderprogramm zur Bekämpfung der Ausbildungslosigkeit
3 Mrd. Euro	für eine kommunale Investitionspauschale
3 Mrd. Euro	für einen Energiesparfonds und eine erhöhte Förderung erneuerbarer Energien
2,5 Mrd. Euro	für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern
1 Mrd. Euro	für Prävention und Gesundheitsförderung
600 Mio. Euro	für Konversionsmaßnahmen
495 Mio. Euro	für den Hochschulpakt
500 Mio. Euro	für die nichtkommerzielle Pharma-Forschung
125 Mio. Euro	für die Fortsetzung der Programme der Städtebauförderung, des Stadtumbaus Ost und Nutzung der Erfahrungen in den alten Ländern bei der Förderung städtebaulicher Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen
101 Mio. Euro	für Zuschüsse zu den Umstellungskosten aus der Freigabe von Frequenzen („Digitale Dividende“)
75 Mio. Euro	für die Aufstockung der Mittel für Integrationskurse, um ein umfassendes Sprachkursangebot und eine faire Bezahlung der Lehrkräfte sicherstellen zu können
54 Mio. Euro	für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten in den neuen und alten Bundesländern und gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Arbeit sowie gleichberechtigter Förderung von Genossenschaften
50 Mio. Euro	bundesweit für die Errichtung und Sanierung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan 3.0“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten)
30 Mio. Euro	für eine Deutsche Digitale Bibliothek

30 Mio. Euro für ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern

20 Mio. Euro für die Etablierung eines verbraucherorientierten „Finanz-Wächters“ und den Aufbau einer unabhängigen flächendeckenden Finanzberatung

0,5 Mio. Euro für die Stiftung für das sorbische Volk

0,4 Mio. Euro für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Hartz IV überwinden

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsprogramm sind erforderlich:

8,1 Mrd. Euro zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und im Alter auf 500 Euro pro Monat

3,2 Mrd. Euro für den Kinderzuschlag

7,1 Mrd. Euro für die Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung

1,6 Mrd. Euro zur Aufstockung der Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik und Ermöglichung der Umwandlung von passiven in aktive Leistungen, um so den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse voranzutreiben (Deckungsfähigkeit des Arbeitslosengeldes II – ALG II – und der Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung mit den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit). Dabei sind 100 Mio. Euro für die Förderung des Breitensports vorgesehen.

Sozialkassen stärken

5 Mrd. Euro angemessene Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung für ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher zahlen

1,8 Mrd. Euro für den Verzicht auf die Streichung der Rentenbeiträge für ALG-II-Empfangende

9,5 Mrd. Euro für die Anhebung der Rentenbeiträge für ALG-II-Empfangende auf 0,5 Entgeltpunkte.

Rentengerechtigkeit herstellen

1,2 Mrd. Euro für die Angleichung der Ostrenten.

Gerechtes Elterngeld auch für Menschen mit niedrigem Einkommen

2,3 Mrd. Euro zur Aufstockung des Mindestelterngeldes und Verlängerung der Bezugsdauer (auf bis zu 24 Monate).

Rechte für Menschen mit Behinderung

500 Mio. Euro für die Realisierung erster Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, unter anderem für Maßnahmen zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit.

Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit

1,4 Mrd. Euro für die Verstärkung der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, für den Wiederaufbau in Haiti und Pakistan, für die

Unterstützung Ostafrikas, für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes, für die Verstärkung der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit, für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern.

Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

18 Mio. Euro zur Absicherung und Stärkung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

4 Mio. Euro für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Bundesministeriums der Justiz und des Bundesministeriums des Innern in der NS-Zeit sowie des personellen und inhaltlichen Übergangs in die Bundesrepublik Deutschland.

Finanzierung

62 Mrd. Euro durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf 15 Prozent, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel, Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken

4,7 Mrd. Euro durch die Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze sowie den Verzicht auf militärische Offensivmittel, insbesondere auf die Resttranchen des Kampfflugzeugs Eurofighter, auf das Transportflugzeug A400M und auf den Schützenpanzer Puma sowie weitere Einsparungen im investiven Bereich des Einzelplans 14

2,8 Mrd. Euro durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems

59 Mio. Euro durch den Stopp von sozial und ökologisch unsinnigen Verkehrsgroßprojekten wie der Fehmarnbeltquerung und Stuttgart 21, die in den kommenden Jahren den Bund 2,1 Mrd. Euro kosten würden.

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Berlin, den 21. November 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333